

## FDP Ratsfraktion Meerbusch

Meerbuscher Str. 47  
40670 Meerbusch  
Tel. 02159-4709 / Fax 02159-815205  
E-Mail: [fdp-meerbusch@t-online.de](mailto:fdp-meerbusch@t-online.de)  
Internet: [fdp-meerbusch.de](http://fdp-meerbusch.de)



An der Vorsitzenden des  
Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss  
Herrn Bürgermeister  
Dieter Spindler  
Dorfstr.20  
Meerbusch

03.04.2013

### **Sitzung des Haupt-, Finanz- und Wirtschaftsförderungsausschuss am 18.04.2013: Thema 'Hugo Recken'**

Sehr geehrter Herr Spindler,

die FDP-Fraktion beantragt zu beschließen:

1. Über das Wirken der hauptamtlichen Bürgermeister in den „Altgemeinden“ Meerbuschs (Büderich, Amt Lank und Osterath ) in den Jahren 1933 bis 1945 sowie über die Ergebnisse der Entnazifizierungsverfahren dieses Personenkreises soll eine Expertise in Auftrag gegeben werden.
2. Mit der Erstellung der Expertise wird ein(e) Geschichtswissenschaftler(in) - vorzugsweise mit dem Forschungsschwerpunkt auf dem Gebiet des Nationalsozialismus im Rheinland - betraut.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Geschichtswissenschaftliche Institut an der Heinrich-Heine-Universität, Düsseldorf, um Vorschläge für geeignete Wissenschaftler/innen zu bitten.

In der Dezember- Sitzung des Hauptausschusses war an Herrn Rameil die Frage gestellt worden, ob es nicht auch negative Aussagen zu Hugo Recken im Entnazifizierungsverfahren gab: dies wurde von Herrn Rameil bejaht, und er sagte, seine vorliegende Ausarbeitung sei noch nicht in der finalen Fassung - er würde eine Überarbeitung/Ergänzung vornehmen. Daher möchten wir unabhängig vom obigen Antrag um eine Übersendung der ergänzten finalen Ausarbeitungen aus der Dezember-Sitzung bitten.

#### Begründung:

Die Aufarbeitung nationalsozialistischer Gewaltherrschaft in den früheren acht „Altgemeinden“ Meerbuschs weist heute noch immer weiße Flecken auf. Am Beispiel des Falles Hugo Recken wird das schmerzhaft deutlich. Andererseits ist zu konstatieren, dass der Behandlung dieses Falles ein Hauch von Zufälligkeit nicht abgesprochen werden kann, was aber die Notwendigkeit der Aufklärung nicht einengen darf.

Nach unserer Auffassung sollte die Aufarbeitung nicht auf einen Bürgermeister beschränkt werden. Ansätze für eine umfassendere Forschung liefert das von Dr. Peter Dohms herausgegebene und über 700 Seiten umfassende Standardwerk über die Stadtgeschichte Meerbuschs. Im „Dritten Reich“ gab es danach in drei von den acht „Altgemeinden“ Meerbuschs hauptamtliche Bürgermeister, in Buderich, im Amt Lank und in Osterath. In den kleinen, zu einem Amt zusammengeschlossenen Gemeinden waren die Bürgermeister ehrenamtlich tätig (Sophie Wego in Peter Dohms „Meerbusch - Die Geschichte der Stadt und der Altgemeinden, 1991, S. 520). Es macht nach unserer Auffassung Sinn, das Wirken dieser Bürgermeister in der Nazizeit zu erforschen, insbesondere um Vergleichsmöglichkeiten zu haben.

Wir schließen uns in diesem Zusammenhang der Anregung von Hans-Joachim Gutmann in seinem Schreiben vom 23.12.2012 an den Bürgermeister an, mit der Aufarbeitung eine(n) anerkannte(n) und mit der Zeitgeschichte des Nationalsozialismus vertraute(n) Wissenschaftler(in) zu betrauen. Als geeignete Anlaufstelle bietet sich das Geschichtswissenschaftliche Institut an der Heinrich-Heine-Universität an.

Diese Expertise wird einen weiteren Beitrag zur Aufklärung nationalsozialistischen Unrechts leisten. Sie wird zugleich eine hoffentlich ausreichende Grundlage für die Entscheidung der Umbenennung von Strassen in unserer Stadt sein. Wir halten es im derzeitigen Stadium aber noch nicht für geboten, die Nachforschungen auf alle Personen auszudehnen, die während der Nazizeit im heutigen Stadtgebiet Meerbuschs im öffentlichen Raum standen und nach denen Straßen benannt wurden, oder die Nachforschungen auf andere Problemfelder (beispielsweise das frühere HJ-Heim) zu erstrecken. Ob in dieser Richtung weitere Maßnahmen notwendig werden, sollte von dem Ergebnis dieser Expertise abhängig gemacht werden.

Mit freundlichen Grüßen



Klaus Rettig  
(Fraktionsvorsitzender)